

# Erneuter lauter Streit ums Unnaer Sparen: Sportplätze, Bürgerämter – „Einknicken beim ersten Gegenwind!“

Von  
Redaktion

9. Juni 2018



Man versichert sich zuerst gegenseitig, man wolle sparen, trifft einstimmige Beschlüsse – um sie dann beim ersten Gegenwind in Form von Bürgerprotesten wieder über den Haufen zu werfen.

Parallel zur Vorstellung des [30 Mio.-Investitionspaketes mit Auflistung wichtigster Projekte](#) aus Sicht der Stadt sind zwischen Unnas Lokalpolitikern erneut die Fetzen wegen des Sparzwangs geflogen.

Anlass: Die (**eigentlich beschlossene und nun wieder revidierte**) [Aufgabe der Sportplätze in Billmerich und Alte Heide](#) und der [Bürgerämter in Königsborn und Massen](#).

Im **Haupt- und Finanzausschuss** am Donnerstagabend (7. 6.) stritt die Politik lautstark erneut um die Frage, welchen Sinn es mache, ***erst hinter verschlossener Tür in der Sparkommission einstimmig (!) Sparbeschlüsse zu treffen und dann – wenn der Bürger protestiert – sofort wieder „umzuknicken“.***

Dies werfen Grüne und Freie Liste Unna (FLU) insbesondere der SPD vor, aber auch der CDU, die sich mit ihrem Antrag, die Vereinsheime in Alte Heide und Billmerich zu erhalten, dem neuerlichen Beratungswunsch der SPD angeschlossen hat.



Bürgermeister Werner Kolter. (Archiv RBU)

**Der Bürgermeister selbst** geriet in die Schusslinie der Grünen. Ihre Ratsvertreter *Karl Dittrich und Charlotte Kunert* warfen Kolter vor, seine Verwaltung hätte der Politik für die Beratung ums Billmericher Waldstadion **„falsche Fakten“** vorgelegt, sie hätte „nicht gut gearbeitet“.



Charlotte Kunert (Grüne).

„Wir haben selbst Zahlen, die sagen was ganz anderes als die Folien an der Wand“, monierte Dittrich. **Kolter explodierte**, als die Grünen-Chefin den Vorwurf „falscher Fakten“ wiederholte: „Fakten und Zahlen sind ja wohl das gleiche!“, schimpfte er, er verbitte sich derartige Unterstellungen. Die Verwaltung arbeite nach bestem Wissen und Gewissen. Allerdings: Der Bürgermeister erwähnte in diesem Zusammenhang auch die **enorm enge Personalsituation** derzeit im Rathaus.



Klaus Göldner, FLU.

*Klaus Göldner (FLU)* schimpfte: „Mich ärgert NICHT, dass man mit den Bürgern noch mal reden will! Mich ärgert, dass wir zunächst einstimmig, ich wiederhole **EINstimmig!**“ (Blick auf die SPD-Riege), „intern in der Haushaltskommission Beschlüsse fassen, von denen wir alle wissen!, dass sie schwierig sind und die Bürger schmerzlich treffen. Und dann, wenn der Bürger – **berechtigt und erwartbar! – protestiert**, wird alles direkt wieder über den Haufen geworfen. **Das macht mich böse. Wir stehen da wie die Blöden!**“



Andreas Tracz (FDP).

Andreas Tracz (FDP) aus Billmerich stieß schimpfend ins selbe Horn wie die Grünen. „Mich ärgert, dass man vorher **nicht mit den Bürgern geredet** hat. Vor dem Beschluss zum Sportplatz Billmerich wurde gesagt, es sei mit allen Beteiligten gesprochen worden. Das ist aber offensichtlich nicht geschehen.

Diesen „Ärger des „Kollegen Tracz“ verstand wiederum Klaus Göldner nicht, **weil Kollege Tracz bei den Sitzungen der Sparkommission ja gar nicht dabei gewesen sei**. Er selbst, betonte Göldner, war dabei. „Und es ist alles **offen gesagt** worden.“

Einig waren sich freilich eifertig alle darin, dass es **absolut zu begrüßen sei, mit den Bürgern zu reden** – wnnleich auch erst nach einstimmig gefassten Beschlüssen.

Diese Steilvorlage griff sofort Volker König für seine **des „Umfallens“ bezichtigte SPD** auf:



Volker König, SPD.

„**Ich finde es schön, dass ihr euch alle freut, dass wir jetzt mal Bürgerwille durchsetzen!**“, rief er den Kritikern beißend sarkastisch zu. Und während er aufstand und sich ein Glas Wasser holte, bemerkte er über die Schulter: „**Besser späte Einsicht als nie**. Ich persönlich habe kein Problem damit zuzugeben, dass ich immer noch dazulerne.“

Bürgermeister Werner Kolter fasste das aufgebrochene Problem schließlich in einem nachdenklichen Satz zusammen: Hier zeige sich **„vielleicht auch eine Erkenntnis, dass das Sparpotenzial, über das Politik selbst entscheiden kann, geringer ist als gedacht.“**



Symbolbild / Pixabay

**Wie und wo der Stadtrat die 3,5 Mio. Euro einsparen will, die bis zum vorgeschriebenen Haushaltsausgleich 2020 zwingend eingespart werden müssen, bleibt damit offener denn je.**